

Niederschrift

über die X/003. Sitzung
des Integrationsrates der Stadt Schwerte am

Mittwoch, dem 09.06.2021, um 17:00 Uhr
im Ratssaal, Rathausstr. 31, 58239 Schwerte.

Anwesend:

Vorsitzende

Frau Aynur Yavuz

SPD-Fraktion

Herr Karl-Friedrich Pautz

Fraktion Die Grünen

Herr Marco Sorg

FDP-Fraktion

Herr Phillip Köhler

Anwesend bis 19:21 Uhr (bei TOP 14)

WfS-Fraktion

Herr Andreas Czichowski

Starke Frauen für Schwerte

Frau Seren Kabbani

Frau Esma Sahin

IPM

Frau Selma Caliskan

Herr Suat Gülden

Herr Ömer Kars

Herr Sebahattin Yalcin

In Vertretung für Herrn Kutlu

SPD M&V

Herr Suntharalingam Gobinaath

Frau Anna Koolmees

Herr Achim Riggert

Einzelbewerber

Herr Tammam Alkhaled

Erster Beigeordneter

Herr Tim Frommeyer

seitens der Verwaltung die Damen und Herren

Frau Sandra Brinkmann

Kommissarische Sozialamtsleiterin

Schriftführerin

Frau Julia Seeger

Gäste

Frau Renate Goeke

Anwesend bis 18:28 Uhr (bei TOP 8)

Frau Sabine Kern

Mitarbeiterin des kommunalen Integrations-
zentrum Kreis Unna

Frau Ina Ravenschlag

Mitarbeiterin des kommunalen Integrations-
zentrum Kreis Unna

Entschuldigt

Herr Mehmet Kutlu

Abwesend

Frau Alin Kalo

Herr Sebastian Rühling

Herr Egon Schrezenmaier

Die Sitzung wurde

a) eröffnet um 17:00 Uhr

b) geschlossen um 19:26 Uhr

Tagesordnung

I. Öffentliche Sitzung

1. Feststellung der form- und fristgerechten Einladung sowie Beschlussfähigkeit des Integrationsrates
2. Genehmigung der Tagesordnung
3. Verpflichtung von Integrationsratsmitgliedern
4. Einwohner*innenfragestunde
5. Feststellung von Befangenheit
6. Vorstellung des Kommunalen Integrationszentrums des Kreises Unna und des Förderprojektes KOMM-AN,
- Frau Ina Ravenschlag
7. Vorstellung des Förderprogramms Rucksackprojekt
– Bericht Frau Renate Goeke, ehemalige Schulleitung der Friedrich-Kayser-Grundschule
8. Öffentlichkeitsarbeit
9. Budget Integrationsrat
- Förderideen
10. Sachstandsbericht: Fortschreibung des Integrationskonzeptes der Stadt Schwerte
11. Aktueller Stand der Flüchtlingszahlen
12. Bericht aus den Ausschüssen
13. Pflege- und Wohnberatung für Menschen mit Einwanderungsgeschichte in Schwerte organisieren **X/0248**
Antrag der Liste "SPD AG Migration und Vielfalt" vom 25.05.2021 (Eingang: 25.05.2021)

14. Bericht gemäß § 5 Zuständigkeitsordnung mit Beschlussausführungskontrolle

15. Informationen und Anfragen

I. öffentliche Sitzung

1. Feststellung der form- und fristgerechten Einladung sowie Beschlussfähigkeit des Integrationsrates

Die Integrationsratsvorsitzende Frau Aynur Yavuz eröffnet die Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Integrationsrates, die Vertreter*innen der Verwaltung sowie die Gäste.
Anschließend stellt sie die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Integrationsrates fest.

2. Genehmigung der Tagesordnung

Die Integrationsratsvorsitzende Frau Yavuz ergänzt die Tagesordnung um einen Tagesordnungspunkt. Als neuer Tagesordnungspunkt drei wird die Verpflichtung von Integrationsratsmitgliedern ergänzt. Des Weiteren stellt Frau Yavuz eine zeitliche Begrenzung der Sitzung von zwei Stunden zur Abstimmung.

Beschluss:

Die Sitzung des Integrationsrates wird auf ein Zeitfenster von zwei Stunden begrenzt.

Einstimmig beschlossen

Ja-Stimme/n: 15 Nein-Stimme/n: 0 Enthaltung/en: 0

Ob Tagesordnungspunkte, welche im zeitlichen Rahmen nicht mehr behandelt werden könnten, in die nächste Sitzung verschoben würden, solle an der jeweiligen Stelle nochmals behandelt werden.

Weitere Änderungen zur Tagesordnung liegen nicht vor. Die Tagesordnung gilt somit als festgestellt.

3. Verpflichtung von Integrationsratsmitgliedern

Die Integrationsratsvorsitzende Frau Yavuz verpflichtet Frau Seren Kabbani - Starke Frauen für Schwerte - als ordentliches Mitglied des Integrationsrates. Hierzu wird Frau Kabbani gebeten, sich von ihrem Platz zu erheben.

„Ich verpflichte Sie, Ihre Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze sowie die Pflicht zur Verschwiegenheit zu beachten und Ihre Pflichten zum Wohle der Stadt zu erfüllen.“

4. Einwohner*innenfragestunde

Es liegen keine Einwohner*innenfragen vor.

5. Feststellung von Befangenheit

Nach dem Aufruf des Tagesordnungspunktes erklärt Frau Selma Caliskan – IPM – sich, sollte es unter dem Tagesordnungspunkt neun, bezogen auf den sogenannten „Griffbereit-Kurs“, zu einer Abstimmung kommen, aufgrund ihrer Tätigkeit als Sprachanleiterin in diesem Kurs für befangen.

6. Vorstellung des Kommunalen Integrationszentrums des Kreises Unna und des Förderprojektes KOMM-AN, - Frau Ina Ravenschlag

Frau Ravenschlag – Mitarbeiterin des Kommunalen Integrationszentrums (KI) – stellt anhand der dem Protokoll beigefügten **Anlage 1** das Kommunale Integrationszentrum sowie dessen Arbeit und Mitarbeiter*innen vor.

Herr Riggert – SPD M&V – bittet nachfolgend um die Konkretisierung mehrerer vorgestellter Programme und Aspekte. Zunächst wird erbeten, zu erklären, wie sich die Corona-Pandemie auf die Arbeit des KI ausgewirkt habe und welche Konzepte für die Arbeit mit Menschen mit Einwanderungsgeschichte erarbeitet worden seien. Darüber hinaus erkundigt sich Herr Riggert nach dem erwähnten Projekt „Gemeinsam Durchstarten“ und der Umsetzung dieses Konzeptes in Schwerte. Allgemein bittet er Frau Ravenschlag die Arbeit des KI in Schwerte und die Arbeit der Ehrenamtlichen im Flüchtlingsbereich zu beleuchten. Des Weiteren erfragt Herr Riggert die Ausführung des Aspektes der Geschäftsführung im Flüchtlingsrates sowie des Programmes der „Bildungspat*innen“.

Frau Ravenschlag führt bezogen auf die Arbeit des KI in Schwerte allgemein aus, dass alle Bereiche und Projekte auch in Schwerte realisiert seien. So sei beispielsweise auch das Programm „Gemeinsam Durchstarten“ und Herr Gall, der hierfür zuständige Mitarbeiter des KI, in Schwerte vertreten. Spezifische Informationen der Bereiche und Projekte sowie deren Umsetzung seien über die zuständigen Mitarbeiter*innen zu erfragen.

Bezogen auf die „Bildungspat*innen“ berichtet Frau Ravenschlag, dass es bei der letzten Bedarfsabfrage, bei der es aufgrund der Corona-Pandemie um sogenannte digitale „Bildungspat*innen“ gegangen sei, eine große Resonanz gegeben habe. Im Kreis Unna habe man den Bedarf bei 150 Kindern ermittelt, wohingegen nur 12 ehrenamtliche Bildungspat*innen zur Verfügung stünden. Man werbe insofern weiter um Bildungspat*innen. Die allgemeine digitale Versorgung von Kindern habe das KI ebenfalls in den Fokus genommen.

Der Flüchtlingsrat im Kreis Unna, welcher sich mit Themen Geflüchteter und Zugewanderter befasse, träge sich alle acht Wochen. Momentan würde hier auch das Thema der Corona-Impfungen in den Unterkünften behandelt. Der Flüchtlingsrat setze sich zusammen aus Vertreter*innen der Parteien, Vertreter*innen von Ehrenamtsinitiativen sowie aus sich für die Flüchtlingsarbeit interessierenden und einsetzenden Personen. Das kommunale Integrationszentrum sei darüber hinaus Teil der ausländerrechtlichen Beratungskommission, welche sich auch mit Fragen hinsichtlich Abschiebungen und Härtefallkommissionen des Landes befasse.

Die Integrationsratsvorsitzende Frau Yavuz merkt an, dass das KI ebenfalls für die Betreuung und Schulung der Integrationsräte zuständig sei.

Frau Ravenschlag bejaht dies und erklärt, dass sie diese Betreuungsfunktion momentan übernehme. Darüber hinaus berichtet sie von Austauschmöglichkeiten verschiedener Integrationsräte aus verschiedenen Kommunen.

Frau Yavuz bekundet, bezogen auf diesen Austausch, Interesse seitens des Integrationsrates der Stadt Schwerte.

7. Vorstellung des Förderprogramms Rucksackprojekt – Bericht Frau Renate Goeke, ehemalige Schulleitung der Friedrich-Kayser- Grundschule

Frau Renate Goeke – ehemalige Schulleiterin der Friederich-Kayser-Schule – bedankt sich für die Einladung und berichtet von ihren Erfahrungen mit dem Rucksackprojekt und dessen Umsetzung. Das Ziel des Rucksackprojektes sei die durchgängige Gewährleistung von Sprachförderung vom Elementarbereich in den KiTas bis in den Primarbereich in den Grundschulen. Die Sprachförderung richte sich, im Gegensatz zu vorangegangenen Sprachförderprojekten, an der Förderung der Muttersprache/Herkunftssprache sowie der gleichzeitigen Förderung der deutschen Sprache aus. Dies entspreche einem Paradigmenwechsel von Separation hin zur Integration der Kinder und der jeweiligen Sprachen.

Die Kinder mit Migrationsgeschichte nähmen sowohl am deutschsprachigen Unterricht in den Klassen teil und würden gleichzeitig auch in der Kommunikationsfähigkeit in ihrer Muttersprache durch Herkunftssprachenunterricht gefördert. Gleichzeitig sei auch ein Konzept der Elternbildung und Einbindung notwendiger Bestandteil. Frau Goeke berichtet hierzu davon, dass die Mütter der Schulkinder mit Migrationsgeschichte, bei welchen die Erziehungsverantwortung hauptsächlich gelegen habe, hierzu für zwei Wochenstunden in die Schule gekommen seien. Pro Jahrgang habe stellvertretend für diesen ein/e Klassenlehrer*in an diesen Wochenstunden teilgenommen. Geleitet worden sei der Unterricht der Mütter von sogenannten „Mütterbegleiter*innen“, die sowohl die jeweilige Herkunftssprache als auch die deutsche Sprache sehr gut beherrschten. In diesen zwei Wochenstunden sei der Lehrstoff in der jeweiligen Muttersprache behandelt worden, welchen die Kinder in der entsprechenden Schulwoche in den Klassenverbänden erlernt hätten. Es habe einen regen Austausch zwischen dem Herkunftssprachenlehrer Herrn Fedakar, der „Mütterbegleiterin“ und der/dem Klassenlehrer*in gegeben. Die Betreuung von Geschwisterkindern während dieser Zeit sei in der Schule gewährleistet worden. Die Mütter seien durch die Wochenstunden in der Schule in das Schulleben und den Schulalltag stark eingebunden worden. Die Kommunikation mit den Familien von Kindern mit Migrationsgeschichte habe sich in der Folge einfacher und effektiver gestaltet. Frau Goeke sieht das Rucksackprojekt, welches seit 2008 an der Friedrich-Kayser-Schule umgesetzt worden sei, als erfolgreich im Sinne der Sprachförderung an. Dieser Erfolg sei stark gekoppelt an die Qualität des Unterrichtes der Mütter durch die „Mütterbegleiter*innen“.

Die damalige fachliche und finanzielle Unterstützung durch die Regionalen Arbeitsstellen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwanderfamilien (RAA) – heute: Kommunale Integrationszentren, sei ebenfalls relevant für eine erfolgreiche Umsetzung gewesen. Hier seien Qualifizierungen und Fortbildungen für die „Mütterbegleiter*innen“ und die teilnehmenden Klassenlehrer*innen angeboten worden. Weitere finanzielle Unterstützung habe das Programm durch verschiedene Institutionen, beispielsweise durch die Sparkasse, aber auch durch den damaligen Integrationsrat erhalten.

Frau Goeke unterstreicht abschließend, dass das Rucksackprojekt eine interne Schulangelegenheit sei und die Umsetzung dieses Projektes somit keiner Schule vorgeschrieben werden könne. Insofern könne das Rucksackprojekt nur durch ein hohes Engagement innerhalb der Schule Erfolge erzielen.

Frau Koolmees – SPD M&V – erfragt, ob das Rucksackprojekt nur an der Friederich-Kayser-Schule umgesetzt worden sei und ob das Projekt an dieser Schule heute weitergeführt werde.

Frau Goeke erklärt, dass die Friedrich-Kayser-Schule die einzige Schule in Schwerte gewesen sei, an der das Rucksackprojekt durchgeführt worden sei. Die Umsetzung des Projektes 2008 an der Friedrich-Kayser-Schule sei auch deshalb so erfolgreich gewesen, weil viele Kinder und Mütter mit derselben Herkunftssprache, in diesem Fall türkisch, am Projekt teilgenommen hätten. Für jede weitere Herkunftssprache müsse ein*e weitere Muttersprachenlehrer*in, sowie „Mütterbegleiter*in“ gefunden und eingesetzt werden.

Die Integrationsratsvorsitzende Frau Yavuz ergänzt, dass das Rucksackprojekt auch heute noch an der Friedrich-Kayser-Schule durchgeführt werde. Momentan, pandemiebedingt, habe man das Projekt

pausiert. Auch die Umsetzung durch Videokonferenzen sei nicht möglich. Geschwisterkinder, welche zuhause betreut würden, störten den digitalen Unterricht zu stark. Nach den Lockerungen der pandemiebedingten Einschränkungen würde das Projekt an der Friedrich-Kayser-Schule weiter angeboten. Durch die Wiederbelebung des Projektes hoffe man, Kinder mit Migrationshintergrund im schulischen Kontext und nach den coronabedingten Einschränkungen wieder aufzufangen und eventuelle Defizite abbauen zu können.

Herr Frommeyer – Erster Beigeordneter – betont, dass, entsprechend Frau Goekes Ausführungen, nur durch einen engagierten Schulkörper und eine engagierte Schulleitung die erfolgreiche Umsetzung möglich sei. Dieses Engagement gewährleiste auch heute noch die erfolgreiche Durchführung des Rucksackprojektes an der Friedrich-Kayser-Schule. Der Schulträger könne keiner Schule die Umsetzung des Programmes von außen anordnen, jedoch die Schulen, welche das Projekt anböten, besonders begleiten. Auch der Integrationsrat könne seine Unterstützung schwerpunktmäßig diesen Schulen, in diesem Fall der Friedrich-Kayser-Schule, dahingehend anbieten.

Frau Kern – Mitarbeiterin des kommunalen Integrationszentrum Kreis Unna (KI) – präsentiert das Rucksackprojekt seitens des KI foliengestützt. Die Präsentation ist dem Protokoll als **Anlage 2** beigelegt.

Frau Yavuz erfragt bei Frau Kern, ob, bezogen auf die Anschubfinanzierung durch das Kommunale Integrationszentrum, pro Stufe 2400 € als Jahresbeträge gezahlt würden.

Frau Kern bejaht dies und erklärt gleichzeitig, dass, wenn eine Elternbegleiterin für vier Gruppen zuständig sei, wie beispielsweise in Lünen, sich die Gesamtsumme aufgrund der Reduzierung von Planungs- und Qualifizierungstreffen insgesamt deutlich verringere.

Frau Yavuz stellt anschließend Einvernehmen über das Erteilen nachfolgender Prüfaufträge an die Verwaltung her.

Es solle, bezogen auf das Rucksackprojekt, ermittelt werden, wie viele Kindergarten-Kinder sowie Grundschüler*innen es mit Migrationsgeschichte in Schwerte gibt (mit Altersangabe). Darüber hinaus solle geprüft werden, inwieweit in Schwerte eine Teilzeitstelle als „Elternbegleiter*in“ für die Umsetzung des Rucksackprojektes geschaffen werden könne (im Gegensatz zur Honorartätigkeit oder zum Minijob). Gegebenenfalls solle hier ein Austausch mit der Stadt Lünen stattfinden.

Ferner solle geprüft werden, ob es Bedarf von syrischem Herkunftssprachenunterricht in Schwerte gäbe und ob ein solcher gegebenenfalls im Nachmittagsbereich angeboten werden könne.

Frau Kern führt hierzu aus, dass der Bedarf an Herkunftssprachenunterricht von den Eltern bei der Schulleitung angemeldet werden müsse. Die Schule melde diesen angezeigten Bedarf weiter an das Schulamt. Der Herkunftssprachenunterricht finde in der Regel im Nachmittagsbereich statt.

Frau Goeke ergänzt, dass die Eltern über das Angebot des Herkunftssprachenunterrichtes informiert würden. Der Herkunftssprachenunterricht sei durch das Schulgesetz vorgeschrieben, Kinder mit Migrationsgeschichte hätten hierauf einen Anspruch. Ferner sei dieser auch von Bedeutung, da die Qualifizierung durch den Herkunftssprachenunterricht auch den Abiturvorgaben hinsichtlich des Erwerbes einer zweiten Fremdsprache genügen könne. In Schwerte habe es ihres Kenntnisstandes nach immer italienischen, türkischen und arabischen Herkunftssprachenunterricht, in der Regel als Angebot in den Nachmittagsstunden gegeben.

Frau Yavuz bittet die Verwaltung im Einvernehmen des Ausschusses zu prüfen, ob weiterhin arabischer Herkunftssprachenunterricht in Schwerte angeboten werde.

Frau Kern weist hierzu auf die Homepage des Schulamtes des Kreises Unna hin. Dort sei einzusehen, welche Schule welchen Herkunftssprachenunterricht anbiete.

8. Öffentlichkeitsarbeit

Herr Köhler – FDP-Fraktion – erklärt einleitend, dass eine eigene Homepage des Integrationsrates nicht mehr gewünscht sei. Anschließend stellt er die erarbeiteten Ergebnisse der Arbeitsgruppe zur Öffentlichkeitsarbeit des Integrationsrates in den sozialen Medien vor.

Herr Köhler erklärt, dass ein Auftritt des Integrationsrat der Stadt Schwerte in den sozialen Medien, genauer auf Facebook und auf Instagram, geplant sei. Auch ein Auftritt in verschiedenen Facebook-Gruppen werde angestrebt. Dies solle unter anderem zur Weitergabe von Informationen, der Bereitstellung der Sitzungseinladung inkl. Tagesordnung und einer kurzen Ergebniszusammenfassung und somit als niederschwellige Informationsquelle genutzt werden. Hierzu werde die Verwaltung angefragt, wer das Logo des letzten Flyers des Integrationsrates entworfen habe und bei wem dieses zur weiteren Verwendung anzufragen sei. Strittig sei die Zuständigkeit der Betreuung der Präsenz in den sozialen Medien durch die Mitglieder des Integrationsrates.

Die Integrationsratsvorsitzende Frau Yavuz stellt Einvernehmen über folgenden Auftrag an die Verwaltung her: Bis zur nächsten Sitzung solle mit Frau Pohl – Geschäftsführerin des Integrationsrates – ein Konzept für den Auftritt in den sozialen Medien erarbeitet werden (Orientierung am Flyer des Integrationsrates des Kreises Unna). Gegebenenfalls solle ein Vorschlag hierzu in der nächsten Sitzung zur Abstimmung gestellt werden.

Frau Koolmees – SPD M&V– erfragt, wie viele Teilnehmer*innen in der Arbeitsgruppe zum Thema Öffentlichkeit vertreten seien.

Herr Köhler erklärt, dass es momentan fünf Teilnehmer*innen gäbe, diese Anzahl jedoch bei Interesse erhöht werden könne.

Frau Koolmees erklärt ihr Interesse in der Arbeitsgruppe mitzuwirken.

Frau Sahin – Starke Frauen für Schwerte – erläutert die weitere Planung des Integrationsrates zum Thema Öffentlichkeitsarbeit foliengestützt. Die Präsentation ist dem Protokoll als **Anlage 3** beigefügt. Im Rahmen der Bundestagswahl würden die Fraktionen gebeten bis Mitte August Informationen über ihr Wahlprogramm für Bürger*innen mit Migrationsgeschichte zusammenzustellen. Ein Schreiben hierzu solle im Nachgang der Sitzung an die Fraktionen verschickt werden.

Darüber hinaus würden die Fraktionen ebenfalls gebeten, zur interkulturellen Woche und zum Stichwort *#offen geht* ein Plakat zu gestalten. Gleichzeitig sollten gemeinsame Fotos mit dem Integrationsrat entstehen. Die Ausarbeitungen und Fotos würden auf der Facebook-Seite des Integrationsrates geteilt. Auch hierzu werde ein Schreiben an die Fraktionen folgen.

Am 25.09.2021 wolle der Integrationsrat, ebenfalls im Rahmen der interkulturellen Woche, an einem Infostand über Veranstaltungen in der Nähe aufmerksam machen.

Frau Yavuz stellt nachfolgend anhand der dem Protokoll als **Anlage 3** beigefügten Präsentation die Kostenaufstellung des Drucks eines Integrationsratsflyers vor. Die Firma Grafika würde für den Druck von 2500 Flyern 130 € inklusive Mehrwertsteuer berechnen.

Frau Yavuz erfragt diesbezüglich, ob an dieser Stelle eine Abstimmung über den Druck des Flyers erfolgen könne.

Herr Riggert – SPD M&V – merkt an, dass der Flyer momentan noch nicht allen Mitgliedern des Integrationsrates vorliege.

Herr Yalcin - IPM – begrüßt grundsätzlich den Druck eines Flyers und möchte den Inhalt eines Flyers im Integrationsrat diskutieren.

Frau Sahin merkt an, dass in der letzten Sitzung der alte Flyer des Integrationsrates vorgelegen habe.

Frau Yavuz betont, dass es sich im Grunde um denselben Flyer mit bestimmten Aktualisierungen, in diesem Fall der Namen der aktuellen Integrationsratsmitglieder, handele.

Frau Yavuz erklärt, die Abstimmung über den Druckauftrag des Flyers in die nächste Sitzung des Integrationsrates zu verschieben.

9. Budget Integrationsrat - Förderideen

Frau Caliskan – IPM – stellt den sogenannten „Griffbereit-Kurs“ vor. Hierbei handle es sich um ein Bildungsprogramm für Eltern und Kinder mit und ohne Zuwanderungsgeschichte. Die frühkindliche Entwicklung sowie die sprachliche Entwicklung würden hierbei durch konkrete kleinkindgerechte Aktivitäten gefördert. Die teilnehmenden Eltern seien selbst Akteure und somit die ersten Sprachvorbilder. Die Mehrsprachigkeit der Kinder werde als Potential dieser gefördert. Kleinkinder kämen hier das erste Mal mit der deutschen Sprache in Kontakt. „Griffbereit-Kurse“ würden in KiTas, Familienzentren und Migrantenorganisationen angeboten. Das Kommunale Integrationszentrum und Frau Caliskan als Mitarbeiterin böten „Griffbereit-Kurse“ seit zweieinhalb Jahren in Kooperation mit der AWO und dem Verein Türkischer Elternbund in Schwerte und Umgebung e.V. an. Dieses Angebot sei immer ausgebucht.

Frau Caliskan stellt anschließend anhand der dem Protokoll beigelegten **Anlage 3** und den darin enthaltenen Fotos konkrete Aktivitäten des „Griffbereit-Kurses“ vor.

Frau Kabbani – Starke Frauen für Schwerte – schlägt hierzu nachfolgenden Beschlussvorschlag vor: Der „Griffbereit-Kurs“ soll für syrische, irakische bzw. arabische muttersprachliche Mütter und Kinder angeboten werden. Der Kurs soll in den Frauenräumen der Theater-Halle 5,4 mit zwei Räumen und einer Küche, einmal in der Woche für zwei Stunden für das 2. Halbjahr 2021 stattfinden. Es soll unter der Leitung von Frau Caliskan und Frau Alsalum als zweite Sprachanleiterin, die angelernt wird, durchgeführt werden. Das Projekt soll über den AK Asyl, die AWO, die VHS und die Diakonie beworben werden. Durch das Projekt wird ein Zugang zum Arbeitsmarkt für eine syrische Frau mit Fluchtgeschichte geschaffen. Die Kosten in Höhe von 2700 € sind aus dem Budget des Integrationsrates zu stellen. Die Gesamtkosten belaufen sich für ein halbes Jahr auf 2700 € für zwei Elternbegleiterinnen á 1260 € zuzüglich 180 € Materialkosten.

Herr Yalcin – IPM – erfragt, wie viele Kinder und Eltern an dem „Griffbereit-Kurs“ teilnehmen.

Frau Caliskan erklärt, dass es pro Gruppe ungefähr zehn Teilnehmende gäbe.

Herr Riggert – SPD M&V – drückt seine grundsätzliche Zustimmung hierzu aus, erklärt jedoch, dass im Vorfeld der Sitzung diesbezüglich nichts vorgelegen habe. Trotzdem könne in diesem Fall eine Abstimmung erfolgen.

Die Ausschussvorsitzende Frau Yavuz lässt über den von Frau Kabbani eingebrachten Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Der „Griffbereit-Kurs“ soll für syrische, irakische bzw. arabische muttersprachliche Mütter und Kinder angeboten werden. Der Kurs soll in den Frauenräumen der Theater-Halle 5,4 mit zwei Räumen und einer Küche, einmal in der Woche für zwei Stunden für das 2. Halbjahr 2021 stattfinden. Es soll unter der Leitung von Frau Caliskan und Frau Alsalum als zweite Sprachanleiterin, die angelernt wird, durchgeführt werden. Das Projekt soll über den AK Asyl, die AWO, die VHS und die Diakonie beworben werden. Durch das Projekt wird ein Zugang zum Arbeitsmarkt für eine syrische Frau mit Fluchtgeschichte geschaffen. Die Kosten in Höhe von 2700 € sind aus dem Budget des Integrationsrates zu stellen.

tes zu stellen. Die Gesamtkosten belaufen sich für ein halbes Jahr auf 2700 € für zwei Elternbegleiterinnen á 1260 € zuzüglich 180 € Materialkosten.

Einstimmig beschlossen

Ja-Stimme/n: 13 Nein-Stimme/n: 0 Enthaltung/en: 1

10. Sachstandsbericht: Fortschreibung des Integrationskonzeptes der Stadt Schwerte

Frau Brinkmann – kommissarische Sozialamtsleiterin – erklärt, dass der Sachstandsbericht zur Fortschreibung des Integrationskonzeptes der Stadt Schwerte aufgrund der Erkrankung von Frau Pohl – Geschäftsführerin des Integrationsrates – in der nächsten Sitzung vorgestellt werde.

11. Aktueller Stand der Flüchtlingszahlen

Der aktuelle Stand der Flüchtlingszahlen ist dem Protokoll als **Anlage 4** beigelegt.

12. Bericht aus den Ausschüssen

Herr Alkhaled – Einzelbewerber – berichtet aus der Sozialausschusssitzung am 22.04.2021. In der Einwohner*innenfragestunde sei vom AK Asyl die Frage nach den Bedingungen eines Impfangebotes für Geflüchtete gestellt worden. Die Frage sei dahingehend beantwortet worden, dass der Kreis Unna für die Organisation des Impfangebotes zuständig sei.

Des Weiteren sei beim Tagesordnungspunkt „Fortschreibung des Konzeptes zur Unterbringung, Betreuung und zum Schutz Geflüchteter in Schwerte“ ein Prüfauftrag an die Verwaltung ergangen. Die aktuellen Zahlen und Fakten zur Situation Geflüchteter in Schwerte sollten ermittelt und dargelegt werden. Gespräche mit der Werkstatt Unna sollten ebenfalls geführt werden. Das Corona-Schutzkonzept in Unterkünften für Geflüchtete sei auch behandelt worden. Hier solle eine Umsetzung bis zum 30.06.2021 durchgeführt und auf die Bedingungen und Finanzierbarkeit geprüft werden. Ein Antrag zum Thema der kostenlosen Bereitstellung von Damenhygieneartikeln in Behörden, Schulen und öffentlichen Einrichtungen sei ebenfalls behandelt worden.

Unter Informationen und Anfragen seien die aktuellen Flüchtlingszahlen und Informationen zur Situation obdachloser Menschen während der Pandemiezeit in Schwerte erfragt worden.

Herr Yalcin – IPM – berichtet aus dem Ausschuss für Planen, Bauen und Wohnen am 28.04.2021. Die Pflastermaterialien des Marktplatzes, die Barrierefreiheit der Optionen sowie das hierzu erfolgte Online-Voting der Schwerte*innen seien thematisiert worden. Eine Eintragung des Hauses Kampstraße 15 in die Denkmalliste solle erfolgen. Entscheidend sei dabei jedoch die Entscheidung der Denkmalschutzbehörde. Das weitere Vorgehen, finanzielle Fördermittel und die Beteiligung der Verwaltung hierbei sei noch ungeklärt. Ein maroder Leerstand solle jedoch in jedem Fall vermieden werden. Das Konzept des Neubaus der Albert-Schweitzer-Schule sei vom Architektenbüro Lindner-Lohse präsentiert worden. Auch Vorentwürfe für die Erweiterung der Gesamtschule Gänsewinkel seien vorgestellt worden. Der Einbau von Akustik-Decken in der Friedrich-Kayser-Schule, so der Beschluss des Ausschusses für Planen, Bauen und Wohnen, solle im Jahr 2023 umgesetzt werden.

Herr Riggert - SPD M&V – berichtet aus dem Schulausschuss am 21.04.2021.

Hauptthema dieser Ausschusssitzung sei die Entscheidung zwischen dem Neubau der Theodor-Fleitmann-Gesamtschule oder der Sanierung dieser im Bestand gewesen. Mehrheitlich sei entschieden

worden, einen Neubau anzustreben um das vorgestellte pädagogische Konzept umsetzen zu können. Dieses pädagogische Konzept fördere interkulturelle Bildungsgerechtigkeit, eine modernere Bildung und damit auch einzelne Schüler*innen. Er habe im Sinne des Integrationsrates und der Integration hierzu positiv im Ausschuss Stellung genommen.

Die Anfrage des Integrationsrates zum Förderprogramm „Außerschulische Bildungsangebote in Coronazeiten“ des Landes NRW sei ausführlich behandelt worden. Das Schulverwaltungsamt widme sich diesem Programm. Es sei berichtet worden, dass weitere Projekte hierzu anlaufen würden.

Frau Kabbani – Starke Frauen für Schwerte – berichtet aus dem Ausschuss für Bürgeranregungen- und beschwerden am 08.06.2021. Unter dem Tagesordnungspunkt fünf sei von Herrn Dr. Trespenberg vom Ruhrstadt-Orchester berichtet worden. Es sei, da das Ruhrstadt-Orchester pandemiebedingt in eine Notlage gekommen sei, um finanzielle Unterstützung gebeten worden. Das Ruhrstadt-Orchester finanziere sich aus Eintrittsgeldern, einem Kostenzuschlag des KuWeBes und einer jährlichen Spende der Sparkassenstiftung. Alle Fraktionen seien sich einig gewesen, dass die Verwaltung und der KuWeBe die Finanzierung im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten prüfen und das Management des Ruhrstadt-Orchesters bei Förderanträgen unterstützen solle. Es sei außerdem beschlossen worden, dass eine Prüfung einer finanziellen Hilfestellung in diesem Jahr erfolgen solle.

Darüber hinaus sei unter dem Tagesordnungspunkt sechs ein Antrag einer Bürgerin zur Verhinderung der Weiterführung der Kreisstraße beraten worden. Die Antragstellerin habe ausgeführt, dass die Tier- und Pflanzenwelt und ein Naherholungsgebiet auf diesen Flächen erhalten bleiben solle. Herr Menges – Leiter des Planungsamtes – habe hierzu auf die Verkehrssituation und auf die schlechte Anbindung der Gewerbegebiete hingewiesen. Laut Ratsbeschluss sei das Verfahren an den Kreis Unna abgegeben worden. Die CDU-Fraktion, die SPD-Fraktion sowie die WfS-Fraktion hätten sich für den weiteren Ausbau ausgesprochen, die Fraktion Die Grünen dagegen. Es sei beschlossen worden, ein Schreiben an den Kreis Unna zu verfassen, in welchem darum gebeten werde, die geäußerten Bedenken zu prüfen und gegebenenfalls zu berücksichtigen. Eine weitere Beratung der Thematik im Ausschuss für Umwelt, Klima und Mobilität sei abgelehnt worden.

Frau Sahin – Starke Frauen für Schwerte – erfragt bei Herrn Riggert, ob im Schulausschuss bezüglich der interkulturellen Schulentwicklung der Theodor-Fleitmann-Gesamtschule über konkrete Pläne des Mitwirkens des Integrationsrates gesprochen worden sei. Sie fragt an, ob eine Arbeitsgruppe aus dem Integrationsrat zu diesem Thema sinnvoll sei.

Herr Riggert erklärt, dass noch keine konkreten Pläne bekannt seien. Er drückt seine Zustimmung zur Arbeit einer Arbeitsgruppe hierzu aus, bei welcher er selbst gegebenenfalls mitwirken wolle.

Herr Frommeyer – Erster Beigeordneter – verweist auf den Runden Tisch Schulentwicklung. Hier befassten sich drei Arbeitsgruppen mit der Theodor-Fleitmann-Gesamtschule. Eine dieser Arbeitsgruppen zum Thema Schulverwaltung und innere Schulangelegenheiten habe bereits getagt. Dabei sei festgestellt worden, dass die Arbeitsgruppe um die um Schüler- und Lehr*innenschaft erweitert werden solle, um die Schwerpunktsetzung des Bildes der Schule nach außen zu diskutieren. Bei dieser Ausweitung der Arbeitsgruppe sei gegebenenfalls auch die Beteiligung des Integrationsrates sinnvoll.

Herr Köhler – FDP-Fraktion – erklärt, dass er selbst bereits Teil dieser Arbeitsgruppe sei. Er könne die Aufgabe der Vertretung des Integrationsrates übernehmen. Er erfragt, ob ein gemeinsamer Tenor des Integrationsrates hierfür formuliert werden solle.

Die Ausschussvorsitzende Frau Yavuz verweist auf nachfolgende Absprachen über die eventuelle Teilnahme an der Arbeitsgruppe aufgrund der Interessensbekundung von Frau Sahin, Herrn Riggert und Herrn Köhler.

13. Pflege- und Wohnberatung für Menschen mit Einwanderungsgeschichte in Schwerte organisieren
Antrag der Liste "SPD AG Migration und Vielfalt" vom 25.05.2021 (Eingang: 25.05.2021)
Vorlage: X/0248

Herr Riggert – SPD M&V – stellt den Antrag vor.

Herr Czichowski – WfS-Fraktion – erbittet hierzu den Kommentar der Verwaltung.

Herr Frommeyer – Erster Beigeordneter – führt, bezogen auf den ersten Punkt des Beschlussvorschlages und bezogen auf den Themenbereich Pflege aus, dass selbstverständlich Gespräche mit den relevanten Akteur*innen des Kreises geführt werden könnten. Der Kreis sei für den Bereich der Pflege zuständig, trotzdem könne eine Auseinandersetzung mit der Thematik und eine damit einhergehende Schwerpunktsetzung erfolgen. Auch zu den Ausweisungen der Gebiete, welche im Rahmen des Pflegebedarfsplanes an den Kreis gemeldet würden, könnten Gespräche geführt werden.

Zum zweiten Punkt des Beschlussvorschlages verweist Herr Frommeyer auf die personelle Umsetzbarkeit einer kurzfristigen Organisation einer solchen Informationsveranstaltung. Eine sehr zeitnahe Organisation sei kaum möglich, aufgrund von personellen Ausfällen und einer damit einhergehenden dünnen personellen Besetzung des Bereiches Integration. Frau Pohl als einzige Mitarbeiterin in der Zuständigkeit für den Bereich des Integrationsrates sowie aktuell deren Vertreter*innen und weitere Mitarbeiter*innen hätten ein großes Spektrum an pflichtigen Aufgaben in verschiedenen Bereichen zu erfüllen. Einer grundsätzlichen Umsetzung stünde dies nicht im Weg, lediglich eine kurzfristige Organisation sei problematisch. Herr Frommeyer erklärt, dass er dem Integrationsrat, sollte dieser den Beschluss fassen, zeitnah berichte.

Die Ausschussvorsitzende Frau Yavuz erklärt, dass der Antrag in den Gruppen besprochen worden sei, und dass auch die Starken Frauen für Schwerte diesem Antrag weitere Ergänzungen hinzufügen möchten. Sie schlägt vor, die Erarbeitung eines Ergänzungsantrages und die Abstimmungen der Anträge auf die nächste Sitzung des Integrationsrates zu vertagen. Eine Bestands- und Bedarfsabfrage innerhalb der einzelnen Organisation, beispielsweise der Hindu-Gemeinde, solle hierzu erfolgen.

Herr Riggert erklärt, dass er, ohne dass ihm der Ergänzungsantrag vorliege, nicht wisse, ob er diesem Vorgehen zustimmen könne.

Frau Yavuz erfragt bei Herrn Frommeyer, ob eine Abstimmung über den in dieser Sitzung vorliegenden Antrag erfolgen kann und weitere Ergänzungen über die Ausgestaltung der Informationsveranstaltungen in einer nächsten Sitzung zur Abstimmung gebracht werden könnten.

Herr Frommeyer bejaht dies grundsätzlich. Es handele sich um einen allgemeinen Prüfauftrag. Ein neuer Antrag in der nächsten Sitzung, welcher sich auf diesen beziehe, könne eingebracht werden. Nur die Zielsetzung sei durch die beiden zu beschließenden Punkte festgelegt.

Herr Yalcin – IPM – erfragt bei Herrn Riggert, ob zum Bereich Pflege vor Antragsstellung Kontakt zum Hindu-Tempel und den Moscheen bestanden habe und hier (Bedarfs-) Gespräche geführt worden seien.

Herr Riggert verweist auf Herrn Gobinaath als Vertreter der Hindu-Gemeinde als Mitglied des Integrationsrates. Gleichzeitig betont er, dass detaillierte Gespräche mit den verschiedenen Gemeinden und Gruppen im Vorfeld nicht zwingend erforderlich für diesen Grundsatzbeschluss seien. Diese könnten nach dem Beschluss erfolgen.

Frau Yavuz stellt nachfolgend den Antrag zur Abstimmung.

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, zeitnah mit den relevanten Akteuren zu erörtern, wie Menschen mit Einwanderungsgeschichte über die vorhandenen Möglichkeiten im Bereich Pflege und Wohnen im Alter informiert werden können.

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, wie kurzfristig eine entsprechende Informationsveranstaltung für Menschen mit Einwanderungsgeschichte durchgeführt werden kann. Ferner soll die Verwaltung die Information über eine solche Veranstaltung mehrsprachig verbreiten.

Mehrheitlich beschlossen

Ja-Stimme/n: 14 Nein-Stimme/n: 1 Enthaltung/en: 0

14. Bericht gemäß § 5 Zuständigkeitsordnung mit Beschlussausführungskontrolle

Die Beschlussausführungskontrolle liegt vor und wird zur Kenntnis genommen.
Weitere Berichte gemäß § 5 Zuständigkeitsordnung liegen nicht vor.

15. Informationen und Anfragen

Informationen seitens der Verwaltung zur Umsetzung von Corona-Schutzkonzepten für Flüchtlingsunterkünfte sind dem Protokoll als **Anlage 5** beigelegt.

Die Integrationsratsvorsitzende Frau Yavuz bezieht sich auf die letzte Integrationsratssitzung am 14.04.2021 und den Tagesordnungspunkt 13. Herr Riggert habe hier von einer Schulung des Kommunalen Integrationszentrums berichtet. In diesem Zuge habe er betont, dass in dieser Schulung darauf hingewiesen worden sei, dass der Integrationsrat im Kern als politisches Beratungsgremium angesehen werden solle. Dies sei so auch im Protokoll festgehalten worden. Es sei jedoch noch zu ergänzen, dass der Integrationsrat auch auf Veranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit und Kooperationen mit anderen Vereinen angewiesen sei.

Herr Riggert – SPD M&V– erklärt hierzu, dass sich beide Punkte nicht widersprechen. Zwar sei betont worden, dass es sich um ein politisches Beratungsgremium handle, die Organisation von Veranstaltungen, Öffentlichkeitsarbeit und Kooperationen aber ebenfalls zur Aufgabensetzung des Integrationsrates gehöre. Insofern sei dies eine Ergänzung und kein Widerspruch.

Da keine Tagesordnungspunkte für den nicht öffentlichen Teil der Sitzung vorliegen schließt die Integrationsratsvorsitzende Frau Yavuz die Sitzung.

gez. Yavuz
Vorsitzende

gez. Seeger
Schriftführerin